

Soweit die Grundlinien des Papiers. Man wird ihm attestieren müssen, daß es sich um saubere Argumentation und auch um eine zutreffende Darstellung der Gegenpositionen bzw. des von der NATO und von der Bundesregierung vertretenen Konzepts der Abschreckungs- und Gleichgewichtsstrategie bemüht. Als problematisch erweist sich an dem Papier, von militärstrategischen Einzelfragen abgesehen, das Grundkonzept und zwar vor allem aus zwei Gründen:

1. Natürlich sind mit dem Konzept der Abschreckung und des Gleichgewichts eine Reihe von Ermessens- und Einschätzungsfragen verbunden, wo man gut dafür oder dagegen argumentieren kann. Es ist aber zu fragen, ob einseitige Schritte nichtausgehandelter Abrüstung überhaupt ein gangbarer Weg sind. Ermuntern sie den Gegner nicht, daraus wenigstens politische Vorteile zu ziehen? Man kann sich fragen, ob eine Strategie der Vorgaben, angewandt in der Erwartung, daß durch die erhöhte eigene Glaubwürdigkeit der Gegner veranlaßt wird, darauf einzugehen und ähnliche Schritte folgen zu lassen, rationaler ist als ein *in Verhandlungen angestrebtes relatives Gleichgewicht*, das ja ein Stückweit auch mitgarantiert, daß die Gegner miteinander im Gespräch bleiben. Durch einseitige Schritte besteht wohl doch die Gefahr, daß nicht nur Gesprächspositionen unterlaufen, sondern Gespräche und Verhandlungen selbst scheinbar überflüssig gemacht werden.

2. Das Grundkonzept scheint neben vielem anderen aber nicht zuletzt auch dadurch verdorben zu werden, daß Angst zwischen gegnerischen Blöcken gewissermaßen zum *Kriterium* einer Friedensstrategie gemacht wird, während es doch eigentlich unbestritten sein dürfte, daß die Offenlegung von Ängsten im eigenen Bereich wie in dem des Gegners eine der wesentlichen *Voraussetzungen* für eine mögliche Friedenssicherung ist. Unterschwellig wird aber in diesem Papier wie in vielen verwandten die tatsächlich vorhandene Kriegsangst als Argumentationshilfe zur Unterbauung des eigenen Standpunktes benutzt.

Nicht minder problematisch erscheint die Art und Weise, wie die *politischen Rahmenbedingungen* einer möglichen Abrüstungsstrategie dargestellt bzw. eingeschätzt werden. Das gilt vor allem für die Charakterisierung des westlichen Bündnisses. Natürlich sind die Interessen der USA und der europäischen Partner innerhalb der NATO nicht einfach deckungsgleich. Das Papier mag auch nicht unrecht mit der These haben, daß die Gefahr eines begrenzten Konflikts, dessen Schlachtfeld Europa wäre, eher gewachsen ist. Dennoch ist die Gefahr einer kriegerischen Ost-West-Auseinandersetzung plausibel nur abwendbar, wenn Einigkeit im westlichen Bündnis besteht, auch wenn diese Einigkeit doch wieder auf das Konzept der Abschreckung bzw. eines vergleichbaren Gleichgewichts zwischen Ost und West hinausläuft.

Dasselbe gilt aber auch für die *Kennzeichnung des Ost-West-Konflikts* wie für die Einordnung des Ost-West-Konflikts in das gesamte Weltgeschehen. Niemand wird leugnen, daß (auch) die östliche Seite Angst vor dem Westen hat, aber demokratische und totalitäre Systeme lassen sich in bezug auf das jeweils eigene Friedensinteresse nun einmal nicht einfach miteinander vergleichen. Wer einseitig abrüstet, nimmt in der konkreten Situation in Kauf, daß die andere Seite die sich daraus ergebenden Vorteile politisch nutzt. Dadurch würde Europa gegenüber der Sowjetunion in der Tat erpreßbar. Im übrigen wäre natürlich eine Fixierung auf den Ost-West-Konflikt von Übel, wenn darüber der Nord-Süd-Konflikt in Vergessenheit gerät oder verdrängt wird. Aber es geht wohl doch nicht an, Probleme des Nord-Süd-Konflikts einfach neben den Ost-West-Konflikt zu stellen mit dem Argument, die aus dem Nord-Süd-Konflikt sich ergebenden Probleme ließen sich ohnehin mit Si-

cherheitspolitik nicht lösen. Wenn man sich gegen diese Risiken militärisch nicht schützen kann, heißt das noch nicht, daß man sich gegen Risiken, die von einem militärischen Gegner kommen, nicht schützen muß.

Bedenklich erscheint nicht zuletzt die Art und Weise, wie von den Verfassern des Papiers das *Friedensmandat der Kirchen* interpretiert wird. Sicher ist es richtig, daß die Kirchen in Sachen Frieden und Abrüstung es nicht mit Predigt und Gebet bewenden lassen dürfen, sondern zu konkreter Arbeit für den Frieden verpflichtet sind. Aber ob tatsächlich das Friedensmandat der Kirchen sich darauf erstreckt, daß diese Bürger und Politiker, die sich um Abrüstung und Sicherheit bemühen, bei ihren konkreten Schritten zu begleiten haben, läßt sich bezweifeln. Richtig ist auch, daß sich die Kirchen nicht nur auf allgemeine Deklamationen beschränken dürfen, sondern sich sachkundig auch in Detailfragen machen müssen. Aber sind die Kirchen nicht besser daran, wenn sie Sachverständigkeit oder sachverständige Begleitung dazu benutzen, um dort, wo es um wirkliche Grundsatzfragen geht, die in ihrer Kompetenz liegen, auch ein wirklich kompetentes Wort mitreden zu können. Natürlich sollen Kirchen auch Foren anbieten, wo Menschen mit gegensätzlicher Meinung in Friedens- und Abrüstungsfragen miteinander ins Gespräch kommen, aber die Kirchen könnten sich auch überfordern und ihren eigenen Auftrag verdunkeln, wenn sie diesen so verstünden, als ob es in erster Linie überall darauf ankäme, allein zwischen verschiedenen Gruppierungen zu vermitteln oder dafür zu sorgen, daß auch Minderheitsmeinungen hinreichend zum Tragen kommen. Das ist doch wohl nicht in erster Linie Aufgabe der Kirchen, sondern des politischen Prozesses insgesamt.

D. S.

## Touristen in der Dritten Welt: besser als ihr Ruf?

In einem oberbayerischen Dorf zog vor einem Jahr gerade die Fronleichnamsprozession durch die Straßen, als

plötzlich zwei als Papua und Eskimo gekleidete Männer aus einer Seitengasse sprangen, auf die Prozession zu-

stürzten und wie wild anfangen, zu fotografieren. Zahmster Kommentar der Einheimischen: „In so einem Aufzug geht man nicht zur Prozession.“ Als die beiden nicht verschwinden wollten, wurde gar mit der Polizei gedroht. Initiiert hatte diese Situationsumkehr der Starnberger Verhaltensforscher *Christian Adler*, um zum Nachdenken über das eigene unangemessene Benehmen auf Reisen anzuregen, da mit der Zahl der Touristen, die in der Dritten Welt Urlaub machen, auch gravierende Fälle von Fehlverhalten ansteigen.

Als der Tourismus in ferne Länder vor Jahren begann, wurde er zunächst von manchen gutgemeinten Hoffnungen und Wünschen begleitet. Ernüchterung trat angesichts der *ökonomischen und soziokulturellen Auswirkungen* erstmals vor ca. zehn Jahren ein, die Formel vom „*unterentwickelten Ferntouristen*“ wurde für das Unverständnis europäischer Touristen bei ihrer Begegnung mit den Lebensbedingungen anderer Kulturen geprägt. Vielfältig machten sich die negativen Effekte in den betroffenen Ländern bemerkbar: in der Zerstörung gewachsener sozialer Strukturen und Kulturen, Neid, Unzufriedenheit, Fremden-, Klassen-, Rassenhaß, Prostitution, Degenerierung handwerklicher Fähigkeiten sowie der Umweltzerstörung durch Hotels. Die Sorge um diese Entwicklung ist allerdings seit Jahren auf seiten der Besucher ausgeprägter als bei den Betroffenen.

Mit einer umfangreichen Studie will das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) jetzt zur Verbesserung des Tourismus-Klimas in Entwicklungsländern beitragen. In die unter dem Titel „*Tourismus in Entwicklungsländer*“ (Materialien Nr. 67) erschienene Schrift, für die als Autoren *Armin Vielhaber* vom Studienkreis für Tourismus e.V. und *Peter Aderhold* von der Handelshochschule Kopenhagen verantwortlich zeichnen, wurden neben statistischem Material auch zahlreiche Einzelbeiträge von Mitarbeitern aus dem Bereich der Entwicklungshilfeorganisationen und der Erwachsenenbildung einbezogen. Abgesehen von der Be-

schreibung der Dimensionen des Dritte-Welt-Tourismus sowie der *Darstellung des westdeutschen Urlaubsreisenden* in bezug auf Entwicklungsländer hat die Studie vor allem die Zielsetzung, *bisherige Qualifizierungsmaßnahmen* in dieser Sparte des Tourismus darzustellen und zu bewerten sowie Vorschläge für zusätzliche Aktionen zu unterbreiten. Man ist auf der Suche nach Zwischenwegen: Wie die Informationsdefizite der Reisenden abgebaut werden können, wie manche Tourismus-Formen, die eher dazu beitragen, Vorurteile und Unsicherheiten beim Reisenden zu verstärken als zu vermindern, durch Alternativen der Reiseveranstalter ersetzt werden können.

Das Hauptproblem ist jedoch, daß die Reiseveranstalter naturgemäß nicht von einem entwicklungspolitischen Ansatz ausgehen. So verwundert es nicht, wenn sich die meisten von 36 befragten Unternehmen in der Bundesrepublik des Problems gar nicht bewußt sind, und dies obwohl auf seiten der Reiseveranstalter, die Dritte-Welt-Reisen anbieten, für den Zeitraum 1981 bis 1985 bei fast allen maßgeblichen touristischen Zielländern mit leichten bis mittleren Zuwächsen des Urlaubstourismus gerechnet wird. Wie die quantitative Analyse weiter ergibt, unternehmen bisher weit mehr als eine halbe Million Bundesbürger jährlich Urlaubsreisen in Länder der Dritten Welt. Bis zum Ende dieses Jahres werden voraussichtlich 3,4 Millionen Westdeutsche über touristische Erfahrungen in diesen Ländern verfügen, und nicht nur die Prognosen der Reiseveranstalter, sondern auch statistische Vergleiche zeigen, daß die Kapazitäten noch lange nicht erschöpft sind. So ergaben z. B. 1977 durchgeführte Umfragen, daß 3,8 Millionen Bundesbürger, d. h. 8% der Bevölkerung über 14 Jahre, Interesse an der Durchführung einer Reise in die Dritte Welt innerhalb der nächsten drei Jahre bekundeten, von denen etwa 60% (zwei Millionen Personen) ihre Pläne in die Realität umsetzen dürften. „Von ihnen werden knapp 700 000 Personen zum ersten Mal ein Dritte-Welt-Land besuchen.“ Überproportional, so die Studie, sind im

Dritte-Welt-Tourismus die *unter 30jährigen* und die *mittleren und höheren Bildungsgruppen* sowie die *oberen sozialen Schichten* vertreten; mit einer verstärkten Nachfrage von seiten der bisher unterrepräsentierten Gruppen rechnet man für die nächste Zukunft noch nicht. „Für die Realisierung einer Dritte-Welt-Reise scheint derzeit ein monatliches Haushalts-Netto-Einkommen von mehr als 2000 DM eine wichtige Voraussetzung zu sein.“

Über die *Motive* der deutschen Fernreisenden hat nach BMZ-Angaben eine Repräsentativ-Untersuchung ergeben, daß es ihnen „nicht nur einseitig“ auf das „Abhaken typisch touristischer Attraktionen und Sehenswürdigkeiten oder auf den Konsum von Sonne, Sand und Meer“ ankommt. Vielmehr sei „ein nicht unbeträchtlicher Teil“ *durchaus aufgeschlossen*, während des Urlaubs auch hinter die Kulissen von Dritte-Welt-Ländern zu schauen, etwas über die Probleme eines Entwicklungslandes zu erfahren und Luxus- bzw. Komfortansprüche zu reduzieren zugunsten eines intensiveren Kennenlernens von Land und Leuten. So hätten rund 40% der Interessenten für eine solche Urlaubsreise „deutliches Interesse“ an landeskundlicher, problemorientierter Information gezeigt und sich für die Berücksichtigung des Themas Entwicklungshilfe während der Reise sowie für Kontaktmöglichkeiten mit der einheimischen Bevölkerung und die Nutzung kleiner landestypischer Hotels ausgesprochen. Eine nicht zuletzt für die Entwicklungsländer wichtige Erkenntnis, da sie sich solche touristischen Angebote aus eigener Kraft leisten können und nicht auf ausländische Kapitalgeber angewiesen sind. „Nachweislich“, so wird weiter betont, steigt „die Aufgeschlossenheit für derartige Reiseinhalte und -formen... mit zunehmender Reiseerfahrung“. Ein Problem bei der Zusammenstellung des statistischen Materials bzw. bei der Fragestellung wird hier allerdings deutlich: den Zahlenbeispielen von den guten Vorsätzen potentieller Ferntouristen hätte man zumindest Fragen nach der *tatsächlichen* Vorbereitung der Reisenden folgen lassen können, um das Bild nicht ins Positive

zu verzerren. Selbst wenn man voraussetzt, daß es „den“ Dritte-Welt-Reisenden nicht gibt, wird man bei der Lektüre der Studie den Verdacht nicht los, daß die relative Aufgeschlossenheit der Individualreisenden für die Teilnehmer an organisierten Reisen mitverbucht wird.

Von den befragten *Reiseveranstaltern* selbst sprachen sich zwei Drittel für eine verbesserte Information der Kunden vor und während der Reise aus, an zweiter Stelle steht die bessere Schulung und Ausbildung der Reiseleiter. Ein Fünftel der Befragten regte eine verbesserte Zusammenarbeit der Reiseunternehmen mit offiziellen und privaten Partnern an.

Hier setzt die Studie mit der Empfehlung einer Reihe von *Maßnahmen* an, die zum großen Teil die Kooperation der Reiseveranstalter voraussetzen. Einzelaktivitäten zur Verbesserung der interkulturellen Auswirkungen des Tourismus bzw. zur Vermeidung von Schäden werden vorgestellt, Anregungen für weitere Qualifizierungsmaßnahmen gegeben. So haben sich z. B. *entwicklungspolitische Motivationsseminare für Fernreiseleiter* bewährt, wie sie seit 1979 das Zentrum für entwicklungsbezogene Bildungsarbeit (ZeB) zusammen mit der Evangelischen Akademie Bad Boll und dem Studienkreis für Tourismus e. V. veranstalten, obwohl sich an diesem Projekt bisher nur zwei – wenn auch große – Reiseveranstalter beteiligen. Sie sind mit dem Ziel gekoppelt, den Reiseleiter seine Arbeit als Aufgabe der Vermittlung entwicklungspolitischer Sachverhalte begreifen zu lassen und seine Schlüsselrolle im interkulturellen Lernprozeß akzeptieren zu lehren. Auch die Deutsche Stiftung für internationale Entwicklung (DSE) führt Fortbildungsseminare für Reiseleiter durch, in denen entwicklungspolitische und landeskundliche Inhalte miteinander verknüpft werden.

Mit den Arbeiten zu einer *Filmserie* für Fernreisende wurde unter dem Motto „Blickwechsel“ vom Institut für Film in Bild in Wissenschaft und Unterricht (FWU) begonnen. In Zusammenarbeit mit dem Studienkreis für Tourismus e. V. entstand das Konzept, nach dem bisher Kurzfilme über Sri Lanka und

Kenia gedreht wurden: Man geht von Erfahrungen aus, wie sie in Entwicklungsländern vor allem von Reiseleitern gemacht wurden und stellt etwas dar, was das Verhalten des Touristen vor dem Hintergrund kultureller Andersartigkeit betrifft und ihn seine Reaktion überdenken läßt. Aus der zielgruppenorientierten entwicklungsbezogenen Bildungsarbeit der Evangelischen Akademie Bad Boll erwuchs bereits 1973 die „Tagungsarbeit Dritte-Welt-Tourismus – Alternativtourismus“, die vor allem Reiseveranstalter, Tourismusforscher und Reisejournalisten als Zielgruppen angibt. Auf *wissenschaftlicher Ebene* arbeitet seit 1974 die Arbeitsgruppe Ferntourismus des Studienkreises für Tourismus e. V. mit Sitz in Starnberg, der heute etwa 50 Experten aus den Bereichen Entwicklungspolitik, Tourismusforschung, Touristikunternehmen, Erwachsenenbildung, Kirche und Presse angehören, wobei sich besonders der Kontakt zwischen Wissenschaftlern und Praktikern als fruchtbar erweist.

Von der Breitenwirkung her die größte Effizienz ist den vom Studienkreis für Tourismusforschung e. V. mit Unterstützung mehrerer Bundesinstitutionen und kirchlicher Organisationen unter wechselnder Redaktion herausgegebenen „*Sympathie-Magazinen*“ zuzusprechen. Auf jeweils etwa 50 Seiten wird versucht, Vorurteile abzubauen, indem sie dargestellt und widerlegt werden, sowie durch sachliche und gegebenenfalls auch negative Informationen eine „positive Betroffenheit“ bei potentiellen Ferntouristen hervorzurufen. Im Laufe von sechs Jahren haben Broschüren zu sieben Ländern fast eine Million Touristen erreicht und damit, wie man hofft, deren Problembewußtsein vertieft. Die Herausgeber orientieren sich bewußt nicht an der speziellen Gruppe der Bildungs- und Studienreisenden, sondern an den Vorstellungen und Erwartungen beispielsweise des „typischen Thailand-Urlaubers“. Von etwa hundert Reiseveranstaltern und Verkehrsunternehmen werden die Hefte kostenlos verteilt, sie werden in Dritte-Welt-Läden und Volkshochschulen angeboten.

Trotz der teilweise gegebenen Mitarbeit von Reiseveranstaltern hebt die Studie des BMZ hervor, daß es noch immer an in *eigenständiger Regie der Veranstalter* durchgeführten qualifizierenden Maßnahmen *mangelt*: abgesehen von wenigen Ansätzen „sind von den großen Reiseveranstaltern, die den überwiegenden Teil des Dritte-Welt-Tourismus durchführen, bisher keine grundsätzlich neuen Maßnahmen qualifizierender Art in Angriff genommen worden“.

„Mögliche Maßnahmen“ werden deshalb für die verschiedenen *Realisierungsphasen*, die normalerweise mit einer Urlaubsreise verbunden sind, vorgeschlagen.

So soll in der Phase der Reiseentscheidung verhindert werden, daß beim Interessenten „durch *Werbung, Informations- und Kommunikationsmaßnahmen* falsche, klischeehafte Vorstellungen und Erwartungen“ bestätigt werden und daß die Entscheidung nicht auf bisherige Reiseerfahrungen abgestimmt wird. Über diese die Werbung und den Katalog-Service betreffenden Ziele hinaus wird für die Phase der Reisevorbereitung ein *qualifizierter Informationsdienst* von den Veranstaltern gefordert und für die Durchführung – unter Hinweis auf den statistischen Trend – die modellhafte Entwicklung *alternativer Reiseformen* gewünscht. Auch die Nachbereitung der Reise wird in den Gesamtprozeß einbezogen, indem vorgeschlagen wird, durch ein spezielles *Informationsjournal* oder durch „*Clubs Dritte-Welt-Reisender*“ das Interesse an Problemen der Entwicklungsländer wachzuhalten und zu aktivieren.

Nach Ansicht der Veranstalter könnten allerdings auch die Entwicklungsländer selbst zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für den Tourismus beitragen, indem sie z. B. für eine gründlichere Ausbildung der touristischen Fachkräfte und für eine konsequentere Planung des Tourismus in ihren Ländern Sorge tragen. Eine enge Kooperation zwischen allen beteiligten Stellen in der Bundesrepublik und den Zielländern halten alle Unternehmen und Forscher zur Realisierung der angeregten Maßnahmen für unabdingbar.

C. R.